

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJSH (dort beschlossen am: 07.03.2025)

Titel: Soziale Gerechtigkeit im Zentrum grüner Politik

Antragstext

1 Soziale Gerechtigkeit im Zentrum grüner Politik

2 Wir erleben in den letzten Jahren, wie immer mehr Menschen bei der
3 Deckung ihrer Lebensunterhaltungskosten in Probleme geraten, die Schere zwischen
4 Arm und Reich weiterhin auseinanderdriftet und Gewinne über das Allgemeinwohl
5 gestellt werden. Fragen wie die Bezahlung der Miete, welche Möglichkeiten für
6 die eigenen Kinder geschaffen werden können oder ob eine Beteiligung in dieser
7 Gesellschaft noch möglich ist sind für immer mehr Personen alltäglich. Mit Blick
8 auf die Wahlentscheidungen und Stimmung der Menschen im Land ist auch zu
9 erkennen, dass unsere Freiheit und Demokratie darunter leiden, wenn diese Fragen
10 unbeantwortet bleiben. Als progressive, linke Partei muss Bündnis 90/Die Grünen
11 hier zu Stelle sein.

12 Nach der Bundestagswahl und vor dem Hintergrund der aktuellen politischen
13 Entwicklungen muss sich unsere Partei mit verschiedensten Fragen zu Inhalten und
14 der weiteren Ausrichtung beschäftigen. Die soziale Frage muss wieder stärker ins
15 Zentrum unserer Politik rücken. Die Ergebnisse der Bundestagswahl haben dabei
16 gezeigt, dass die Partei mit ihrem sozialpolitischen Profil nicht überzeugen
17 konnten. Insbesondere die Abwanderungen zur Linkspartei, der Vertrauensverlust
18 in bestimmten Milieus und die Kompetenzwerte belegen dies. Dies ist umso
19 bitterer, wenn darauf geschaut wird, dass die Wahlprogramme und Forderungen die
20 Antworten zu diesen Fragen liefern. Erfolgreiche Ziele wie die
21 Steuergerechtigkeit, Entlastungen für die riesige Mehrheit der Gesellschaft,
22 Ausgleich wie ein Klimageld oder die Einführung einer Kindergrundsicherung
23 müssen offensiver gespielt werden. Daher muss mutig mit diesen Punkten umgehen
24 und die grundsätzliche Frage nach Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft

beantworten.

Schleswig-Holstein gerecht gestalten

Für uns in Schleswig-Holstein, wo wir in politischer Verantwortung sind, sind diese Fragen ebenso zentral, wie für die Partei insgesamt. Auf Landesebene haben wir Spielraum um Projekte, die einen gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken umzusetzen und Fragen der Finanzierung zu lösen. Unsere Aufgabe muss sein diese Optionen zu nutzen. Dazu gehören unter anderem die Aufträge an B90/Die Grünen:

- Den sozialen Wohnungsbau durch die Wohnraumförderung weiter auszubauen und nach einem möglichem Beschluss des Sondervermögens für Infrastruktur auf Bundesebene auch dieses dafür zu nutzen.
- Durch eine Ausweitung von Bildungs- und Beratungsangeboten, die soziale Teilhabe zu stärken
- eine Reform der Erbschaftsteuer und die Einführung einer Vermögensteuer für Superreiche einzufordern, um für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem zu sorgen - gegen rechtliche Schlupflöcher bei der Immobilienbesteuerung konsequent vorzugehen

Neben direkt landespolitischen Aufgaben, soll der Landesverband diese Themensetzung in seiner öffentlichen Positionierung stärken, sich in der Bundespartei für die verstärkte Fokussierung stark machen und eine mittelfristige Strategie zu sozialen Themen entwickeln, welche Vertrauen zurückgewinnt und langfristig andere politische Mehrheiten schaffen kann.

Unterstützer*innen

Vincent Schlotfeldt (KV Plön), Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg), Robert Włodarczyk (KV Herzogtum Lauenburg), Malena Trede (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Bruno Borchardt (KV Pinneberg), Sören Lerke (KV Pinneberg), Florian Juhl (KV Pinneberg), Lucas Hohan (KV Ostholstein), Ben Jasper Kasch (KV Pinneberg), Jesper Ole Berg (KV Lübeck), Lenny Joe Christiansen (KV Ostholstein), Jacqueline Kühl (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Jan Boie (KV Flensburg), Luca Brunsch (KV Kiel), Jan Kürschner (KV Kiel), Burak Kocaaslan (KV Kiel), Oliver Opel (KV Dithmarschen), Peer Lessing (KV Pinneberg)